



Ausbildungsumlage statt Ausbildungspakt

Pressemitteilung von Nele Hirsch, 05. März 2007

**Zu der Verlängerung des Ausbildungspaktes
zwischen Bundesregierung und
Arbeitgeberverbänden, erklärt die
bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE
LINKE., Nele Hirsch:**

Anstatt verzweifelt am Ausbildungspakt festzuhalten, sollte die Bundesregierung die Lage auf dem Ausbildungsmarkt endlich ernst nehmen und eine gesetzliche Ausbildungsumlage einführen. Der anhaltende Widerstand der Arbeitgeberverbände gegen die gesetzliche Ausbildungsumlage ist das beste Argument für ihre Einführung.

Finanzielle Folgen hätte die Umlage schließlich erst, wenn Ausbildungsplätze fehlen. Aus der Ablehnung der Ausbildungsumlage kann man eigentlich nur schließen, dass die Arbeitgeber ihre eigenen Versprechen zur Bereitstellung von mehr Ausbildungsplätzen nicht ernst nehmen. Ansonsten könnten sie der Forderung nach einer gesetzlichen Ausbildungsplatzumlage getrost zustimmen.

Warme Worte der Arbeitgeberverbände helfen den 150.000 Jugendlichen, die immer noch ohne

Ausbildungsplatz dastehen nicht. Sie stecken in Übergangsmaßnahmen, Einstiegsqualifizierungen oder sind vollkommen ohne jedes Angebot. Die betriebliche Ausbildungsquote ist im letzten Jahr weiter gesunken. Die bisherige Politik des Ausbildungspaktes war somit an den Interessen der Arbeitgeberverbände orientiert und nicht an den Rechten der Jugendlichen.

Die Bundesregierung muss angesichts dieser erschreckenden Bilanz endlich im Interesse der Jugendlichen handeln und nicht weiter vor den Arbeitgeberverbänden einknicken. DIE LINKE. fordert: Weg mit dem wirkungslosen Ausbildungspakt - her mit einer gesetzlichen Ausbildungsumlage.